

Lehrplan Gymnasium

Gemeinschaftskunde/
Rechtserziehung/Wirtschaft

Klassen 9 – 12

V SN
-2(1992)



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS

Georg-Eckert-Institut BS78



1 151 259 8

Lehrplan Gymnasium

Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/Wirtschaft

Klassen 9 – 12



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS

SONDERAUSGABE DES
AMTSBLATTES DES SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR KULTUS

Dieser Lehrplan tritt am 1. August 1992 in Kraft.

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

92/2870

Z-V SN

S-2 (1992)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Sächsisches Staatsministeriums für Kultus
Archivstraße 1 • O-8060 Dresden

HERSTELLUNG

Sächsisches Druck- und Verlagshaus GmbH – SDV GmbH –
Franklinstraße 17 – 19 • O-8020 Dresden • Tel. 4 71 58 37

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Bildungs- und Erziehungsauftrag des Gymnasiums	5
Aufgaben und Ziele des Faches	
Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	7
Hinweise für den Benutzer	8
Übersicht zu den Lernbereichen und Richtstundenzahlen	9
Klasse 9	11
Klasse 10	14
Grundkurs 11/I	18
Grundkurs 11/II	20
Grundkurs 12/I	22
Grundkurs 12/II	24
Leistungskurs 11/I	26
Leistungskurs 11/II	31
Leistungskurs 12/I	35
Leistungskurs 12/II	39

Vorwort

Am 1. August 1992 nehmen die Lehrer des Freistaates Sachsen an den neuen Schularten Grundschule, Mittelschule, Gymnasium und Förderschule ihren Dienst auf.

Die vorliegenden Lehrpläne werden die Grundlage für die Bildungs- und Erziehungsarbeit legen.

Der Auftrag an die Schule ist durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaates Sachsen bestimmt.

Die neuen Lehrpläne stecken den inhaltlichen und erzieherischen Rahmen ab, den jeder Lehrer durch sein individuelles Handeln ausfüllt. Die Auswahl der Methoden und didaktischen Schritte nimmt er entsprechend der gegebenen Situation eigenverantwortlich vor.

Für Anregungen und Kritik als Grundlage für die künftige Lehrplanarbeit bin ich dankbar.

Ich wünsche allen Lehrern bei der Umsetzung dieser neuen Lehrpläne viel Erfolg.

Stefanie Rehm

Bildungs- u. Erziehungsauftrag des Gymnasiums

Aufgaben und Ziele des Gymnasiums bestimmt das Schulgesetz des Freistaates Sachsen in § 7, Absatz 1:

«Das Gymnasium vermittelt Schülern mit entsprechenden Begabungen und Bildungsabsichten eine vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird; es schafft auch Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung außerhalb der Hochschule.»

Die Zielsetzung, den Schülern am Gymnasium eine vertiefte allgemeine Bildung zukommen zu lassen, beinhaltet zwei Schwerpunkte. Zum einen ist die Ausbildung am Gymnasium gekennzeichnet durch Fachunterricht in einzelnen Lernbereichen, zum anderen kommt fachübergreifendem Verstehen und Erkennen große Bedeutung zu.

Der Unterricht am Gymnasium wird in Fächern erteilt, die dem Schüler sowohl Grundkenntnisse als auch, vor allem in den ab Klasse 8 angebotenen Profilen und der Sekundarstufe II, vertiefte Fachkenntnisse vermitteln und somit zum Erwerb der Studierfähigkeit besonders beitragen können. Gymnasiale Ausbildung soll zur Auseinandersetzung mit komplexen Denksystemen anleiten und zu abstrahierendem, analysierendem und kritischem Denken führen. Der Schüler muß nicht nur Wissen erwerben, sondern das erworbene Wissen auch anwenden und nutzen können. Der Lernprozeß zielt auf zunehmende Selbständigkeit in der Methodenanwendung, auf Begriffsbildung und Modellverstehen. Gleichzeitig erwirbt der Schüler damit die Fähigkeit, Probleme in einer weitgehend durch die Wissenschaft bestimmten Welt beurteilen oder lösen zu können.

In der Orientierung auf dieses Ziel zeichnet sich das Gymnasium aus durch die Hinführung zu wissenschaftspropädeutischem Lernen. Systematisierung, Methodenbewußtsein, Problematisierung und Distanz kennzeichnen dieses in besonderem Maße wissenschaftsorientierte Lernen. Im Unterricht haben die Lehrer dabei die Aufgabe, die Anforderungen, Lerninhalte und Arbeitsmethoden dem Alter, Entwicklungsstand und den Lernbedürfnissen der Schüler anzupassen. Dazu gehört, daß die der jeweiligen Klassenstufe und dem Unterrichtsstoff angemessenen Methoden angewendet werden, verschiedene Formen des Arbeitens zielgerichtet eingesetzt und auch alternative Unterrichtsformen, zum Beispiel der Projektunterricht, einbezogen werden.

Vorrangige Aufgabe ist dabei die Hinführung zu einem weitgehend eigenverantwortlichen, selbständigen Lernen und Erarbeiten der Unterrichtsinhalte in der Sekundarstufe II. Mit der Entscheidung über die Unterrichtsfächer im Rahmen der durch die Oberstufenverordnung eingeräumten Wahlmöglichkeit sowie der Festlegung von Schwerpunkten seiner Ausbildung durch die Wahl der zwei Leistungskurse kann jeder Schüler sein Unterrichtsprogramm in den letzten beiden Jahrgangsstufen maßgeblich mitgestalten. Damit bereiten ihn diese Jahrgänge der gymnasialen Oberstufe auch darauf vor, bei einem sich anschließenden Studium selbständig über die Gestaltung des Ausbildungsganges zu entscheiden. Durch die Festlegung von Pflichtkursen und verpflichtenden Prüfungsfächern in der gymnasialen Oberstufe ist andererseits jedoch gesichert, daß der Schüler bis zum Abitur in allen Aufgabenbereichen – dem sprachlichen, musischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Gebiet sowie in den Fächern Ethik/Religion und Sport – Unterricht erhält.

Um die Schüler zu einem solchen Lernen und Begreifen führen zu können, sind die Begabung und Fähigkeit zu

- differenziertem und zielstrebigem Lernen,
 - schnellem Erfassen von theoretischen und abstrakten Zusammenhängen,
 - distanzierter Reflexion und
 - erhöhtem Konzentrations- und Abstraktionsvermögen
- Voraussetzung für den Bildungsweg am Gymnasium.

Der Fachunterricht am Gymnasium muß aber die Isolierung der Unterrichtsinhalte in den Einzelfächern vermeiden und dem Schüler Einblicke in die fächerverbindenden Bezüge geben. Die in den Einzeldisziplinen verschiedenen, einander jedoch ergänzenden Betrachtungsweisen und Methoden spielen dabei ebenso eine Rolle wie fächerübergreifende Erziehungs- und Bildungsziele, unter denen besonders die Friedenserziehung, Umweltbewußtsein und Toleranz gegenüber allen Menschen, die anders sind oder anders denken, zu betonen sind. Die Schüler müssen lernen, ihre eigenen Werturteile in Auseinandersetzung mit anderen Überzeugungen zu vertreten und zu begründen. Hierzu ist es erforderlich, daß sie die Werte, die die Grundlage ihrer eigenen Überzeugung bilden, aus ihren Ursprüngen verstehen sowie ihre Bedeutung in Staat und Gesellschaft einschätzen können, daß sie sich für sie einsetzen, sie aber auch kritisch überdenken und gegebenenfalls konstruktiv weiterentwickeln. Dabei muß der Schüler aber auch lernen, die Werturteile und Überzeugungen anderer zu tolerieren.

Gymnasiale Bildung als Gesamtheit der Unterrichtsinhalte in den Einzelfächern zielt damit auf die umfassende Auseinandersetzung mit Natur- und Geisteswissenschaften, mit Geschichte und jetzigen Lebensumständen. Integration und Toleranz sollen dabei nicht nur theoretisch verarbeitet, sondern in der Schule praktisch gelebt werden in der Auseinandersetzung mit Menschen anderer Weltanschauungen und Religionen, in der gemeinsamen Unterrichtung mit Behinderten oder in der Begegnung mit Angehörigen anderer Nationen.

Damit ist das Erziehungs- und Bildungsziel am Gymnasium nicht nur intellektuell bestimmt, sondern schließt die Gesamtpersönlichkeit des Schülers ein. Er soll zu einem geschichtlich begründeten, kritischen Verstehen der heutigen Welt hingeführt werden, das ihn auch dazu befähigt, den Anforderungen einer modernen Berufs- und Arbeitswelt gewachsen zu sein. Die Probleme, aber auch die Chancen des Lebens in diesem Jahrhundert der Wissenschaft soll der Schüler erkennen und beurteilen. Er wird so in seinem späteren Beruf in der Lage sein können, aktiv an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten.

Aufgaben und Ziele des Faches Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft

Das Fach Gemeinschaftskunde zielt darauf ab, die Schüler zu befähigen, sich in Staat und Gesellschaft politisch zu orientieren und als Bürger eigenverantwortlich und sozialpflichtig zu handeln.

In Vertiefung von Lerninhalten der Fächer Ethik und Religion liegt der Schwerpunkt des Faches im Erwerb von soliden Kenntnissen der Grundzüge unseres freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens und seines politischen Selbstverständnisses. Dazu gehören vor allem die rechtlichen Grundzüge des politischen Systems, seine politischen und sozialen Aufgaben sowie die Lösungsmöglichkeiten im Rahmen des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik Deutschland und deren Einbindung in die westlichen Demokratien.

Neben diesem Grundwissen sollen auch Kenntnisse des Rechtswesens vermittelt werden, die für die Jugendlichen von besonderer Bedeutung sind. Hierbei haben die Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen besondere Bedeutung.

Der Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde geht über die Vermittlung reinen Fachwissens hinaus, indem er die Heranwachsenden anregt, Wissensziele umzusetzen und dabei die Spielräume der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anzuerkennen. Dabei gilt es beim Jugendlichen die Einsicht zu vermitteln, daß die Weiterentwicklung des sozialen Rechtsstaates auch von dem persönlichen Engagement in Schule und Beruf abhängt. Der Schüler soll unter Wahrung seiner Identität erkennen, daß Konflikte und Kompromisse in der pluralistisch strukturierten Welt notwendig und hilfreich sind, um den sozialen Frieden als Grundlage der Ausgestaltung des Rechtsstaates und des sozialen Fortschritts zu erhalten.

Das Spannungsverhältnis von Mehrheit und Minderheit, sowie von Freiheit und Gleichheit ist am Beispiel der Grundrechte sichtbar zu machen. Der Schüler soll in einem handlungsorientierten Unterricht die Fähigkeit erwerben, sich als mündiger Staatsbürger in den demokratischen Prozeß einzubringen. Er soll zugleich Toleranz und Fairneß als wichtige Grundlage dieses Prozesses anerkennen.

In der Jahrgangsstufe 11 und 12 wird nach Grund- und Leistungskursen differenziert. Das Anforderungsprofil im Grund- und Leistungskurs wird bestimmt durch diesen Lehrplan und die Vorgaben des sächsischen Zentralabiturs. Die Grundkurse in der Jahrgangsstufe 12 sind verpflichtend, in der Jahrgangsstufe 11 können sie belegt werden.

Der Unterricht ist so zu gestalten, daß der Schüler eigene Einsichten gewinnen und sich ein selbständiges Urteil erarbeiten kann. Dies setzt voraus, daß sich der Lehrer im Unterricht mit seiner eigenen Meinung weitgehend zurücknimmt (Überwältigungsverbot). Das bedeutet jedoch keine indifferente Haltung des Lehrers. Zum Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde gehören auch Mut und die Verpflichtung zum Bekenntnis der eigenen Position bei gleichzeitiger Toleranz gegenüber abweichenden Auffassungen der Schüler. Kontroverse Themen sind als solche darzustellen, wobei das Spannungsverhältnis zwischen Normen und Wirklichkeit aufzuzeigen ist.

Die Berufsfeldorientierung in Absprache mit dem Arbeitsamt in den Klassenstufen 9 und 10 an Mittelschulen und Gymnasien soll dem Schüler eine Hilfestellung bei der persönlichen Berufswahl sein. Diese Beratungsstunden sollen möglichst in der ersten Hälfte des Schuljahres eingeplant werden.

In der Oberstufe des Gymnasiums werden sowohl im Grundkurs als auch im Leistungskursbereich schwierigere Themen abgehandelt, die ein selbständiges Erarbeiten des Schülers verlangen. Im Unterricht sind auch methodische Verfahren des Faches zu vermitteln. Vor allem in den Leistungskursen lernt der Schüler, sich mit politischen Theorien auseinanderzusetzen und diese kritisch zu verarbeiten.

Enge Bezüge zu aktuellen Themen aus dem persönlichen Erleben der Schüler erleichtern das Erreichen der Lernziele unter Berücksichtigung des Leistungsstandes und des Lebensalters.

Hinweise für den Benutzer

<p>Anordnung</p> <table border="1" style="margin-left: 40px; border-collapse: collapse; width: 150px;"> <tr> <th colspan="2" style="text-align: center;">Ziele</th> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Inhalte</td> <td style="padding: 2px;">Hinweise</td> </tr> </table>	Ziele		Inhalte	Hinweise	<p>Die Lernbereiche enthalten Ziele, Inhalte und Hinweise. Ziele und Inhalte sind verbindlich. Die Zielformulierungen haben den Charakter von Richtungsangaben. Der Lehrer ist verpflichtet, die Ziele energisch anzustreben.</p> <p>Die Hinweise enthalten Anregungen und Beispiele zu den Lehrplaninhalten. Sie sind nicht verbindlich und stellen keine vollständige oder abgeschlossene Liste dar; der Lehrer kann auch andere Beispiele in den Unterricht einbringen.</p>
Ziele					
Inhalte	Hinweise				
<p>Kasten</p>	<p>Die eingerahmten Texte enthalten verbindliche Anweisungen.</p>				
<p>Querverweise →</p>	<p>Im Erziehungs- und Bildungsauftrag der einzelnen Schulart hat jedes Fach besondere Aufgaben. Querverweise sind überall dort in die Hinweisspalte aufgenommen worden, wo bei der Unterrichtsplanung andere Inhalte zu berücksichtigen sind oder wo im Sinne ganzheitlicher Bildung eine Abstimmung von Unterrichtsinhalten erforderlich ist. Solche Abstimmungen tragen zur Stoffentlastung bei.</p>				
<p>Richtstundenzahlen</p>	<p>Die ausgewiesene Richtstundenzahl der Lehrplaneinheiten ist leistungsbezogen so bemessen, daß noch genügend Zeit für die Vertiefung und Festigung der behandelten Lehrplaninhalte zur Verfügung steht. Dadurch ist der Lehrer in der Lage, den Unterricht mit der nötigen Flexibilität zu planen und zu gestalten.</p>				
<p>Reihenfolge</p>	<p>Die Reihenfolge der Lehrplaninhalte innerhalb einer Klassenstufe ist nur dort verbindlich, wo dies aus sachlogischen Gründen geboten ist.</p>				
<p>Zusatzstoffe Z</p>	<p>Sofern die Behandlung der vorgeschriebenen Unterrichtsinhalte sichergestellt ist, können auch ergänzende Themen behandelt werden. Im Lehrplan sind geeignete Zusatzstoffe genannt und mit Z gekennzeichnet. Es bleibt dem Lehrer überlassen, ob er diese Zusatzstoffe behandelt oder ob er die zur Verfügung stehende Zeit zum Üben und Vertiefen oder zur Behandlung weiterführender Themen nutzt. Er entscheidet auch, zu welcher Zeit er diesen Gestaltungsfreiraum während des Schuljahres wahrnimmt.</p>				

Übersicht zu den Lernbereichen und Richtstundenzahlen

Richtstundenzahlen

Klasse 9

60

Thema:	Jugend und Politik im Freistaat Sachsen	
Lernbereich 1:	Politik im Erfahrungsbereich Jugendlicher	18
Lernbereich 2:	Der Freistaat Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland	20
Lernbereich 3:	Die Wiedervereinigung Deutschlands	14
Überprüfung der Schülerleistungen		4
Berufsfeldorientierung in Absprache mit dem Arbeitsamt		4

Klasse 10

60

Thema:	Wirtschaft, Recht und internationale Politik	
Lernbereich 1:	Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	25
Lernbereich 2:	Das Recht und die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland	14
Lernbereich 3:	Internationale Politik und Friedenssicherung	14
Überprüfung der Schülerleistungen		4
Berufsfeldorientierung in Absprache mit dem Arbeitsamt		3

Jahrgangsstufe 11

Grundkurse

30+30

Kurs 11/I		28
Thema:	Demokratische Grundordnungen: Leitbilder einer freiheitlichen Demokratie	
Überprüfung der Schülerleistungen		2
Kurs 11/II		28
Thema:	Internationale Beziehungen: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld der Internationalen Politik	
Überprüfung der Schülerleistungen		2

Jahrgangsstufe 12

Grundkurse

30+25

Kurs 12/I		28
Thema:	Wirtschaft: Wirtschaftsordnung, Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland	
Überprüfung der Schülerleistungen		2
Kurs 12/II		23
Thema:	Strukturen der Politik: Politische Systeme der Gegenwart	
Überprüfung der Schülerleistungen		2

Jahrgangsstufe 11	Leistungskurse	75+75
Kurs 11/I		75
Thema:	Das Individuum in der Industriegesellschaft	
Lernbereich 1:	Industrialisierung und sozialer Wandel	20
Lernbereich 2:	Theoretische Grundlagen staatsrechtlicher Modelle	9
Lernbereich 3:	Die praktische Umsetzung der Grundsätze von Identitäts- und Konkurrenztheorie der Demokratie	30
Lernbereich 4:	Individuum und Sozialpolitik	10
Überprüfung der Schülerleistungen		6
Kurs 11/II		75
Thema:	Internationale Beziehungen	
Lernbereich 1:	Wertmaßstäbe und Elemente internationaler Beziehungen	15
Lernbereich 2:	Konfrontation und Kooperation als Strukturmerkmale internationaler Beziehungen	25
Lernbereich 3:	Konfliktregelung und Friedenssicherung als Aufgaben der internationalen Politik	29
Überprüfung der Schülerleistungen		6
Jahrgangsstufe 12	Leistungskurse	75+60
Kurs 12/I		75
Thema:	Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	
Lernbereich 1:	Grundgesetz und Wirtschaftsordnung	10
Lernbereich 2:	Konjunktur und Konjunkturpolitik in Deutschland	25
Lernbereich 3:	Die Wiedervereinigung Deutschlands als wichtigste strukturpolitische Aufgabe der Nachkriegszeit	34
Überprüfung der Schülerleistungen		6
Kurs 12/II		60
Thema:	Politische Systeme der Gegenwart	
Lernbereich 1:	Leitbilder der freiheitlichen Demokratie	12
Lernbereich 2:	Der politische Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland	24
Lernbereich 3:	Das amerikanische Regierungssystem	12
Lernbereich 4:	Bewertung politischer Systeme	7
Überprüfung der Schülerleistungen		5

Klasse 9

Thema: Jugend und Politik im Freistaat Sachsen

Lernbereich 1: Politik im Erfahrungsbereich Jugendlicher

Ausgehend von einer Betrachtung des Alltags im Bereich der Familie und Schule erfolgt die Überprüfung von Erfüll- und Durchsetzbarkeit eigener Interessen und Wünsche. Dadurch entwickeln die Schüler ein Verständnis für Politik als Verhaltenssystem zur Gestaltung sozialer Beziehungen. Sie erkennen, daß jedes menschliche Handeln, das auf gesellschaftlich verbindliche Regelungen zielt und/oder diese beeinflusst, politisches Handeln ist und bestimmte Interessen verfolgt. Die Notwendigkeit von Rollen und Normen wird erkannt. Zugleich erwerben die Schüler das Verständnis für die politische Dimension ihrer Umwelt und erkennen die Vorteile demokratischer Strukturen.

Familie Erziehung Versorgung Ausbildung	Die Bedeutung der Familie für die Entwicklung des Kindes, des Jugendlichen und für die Gesellschaft
Wandel der Wertvorstellungen	Vergleich der Erziehungsziele im 19. Jh. und in der Gegenwart
Wandel der Familie Regelung des Zusammenlebens Zukünftige Aufgaben der Familien	Rollenverteilung Notwendigkeit von Strukturen sowie des Interessenausgleichs in der Familie Alternative Formen des Zusammenlebens, Chancen und Risiken für die Kinder
Schule Zusammenleben im Klassenverband Ausbildung als Produktionsfaktor Sächsisches Schulgesetz Eltern, Lehrer und Schüler Schülervertretungen	Erziehungs- und Bildungsauftrag als individuelle Entfaltung Position des einzelnen und die Gruppe Der Beitrag der Schule zur Entwicklung der Volkswirtschaft Politische Intentionen des Gesetzgebers Interessenausgleich Aufgaben und Möglichkeiten
Jugendpolitik Freizeitverhalten Jugendverbände Umweltschutz, private Initiativen Müllentsorgung	Spezifische Interessen der Jugendlichen Überprüfung des eigenen Verhaltens Kenntnis der Möglichkeiten und Angebote Erarbeitung von Möglichkeiten

Jugendpolitik der Parteien

Vergleich der Angebote

Gemeinde

Gemarkung, Ortsgeschichte und Traditionen
Selbstverwaltung der Gemeinden

Unterste politische Verwaltungs- und Gestaltungseinheit

Strukturen der Gemeinde und Haushaltsplanung
Gemeinderat
Interessenkonflikt

Arbeitsweise der Verwaltung, Spielräume des Haushaltes
Aufgaben und Arbeitsweise
Rollenspiel oder Einladung von Mandatsträgern,
Vergleich der Standpunkte,
Besuch einer Sitzung des Gemeinderates;
Auswertung von Tageszeitungen

Lernbereich 2: Der Freistaat Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland

Unter Einbezug der jüngsten Geschichte sollen die Wiederersterung des Freistaates Sachsen, dessen heutige politische Struktur und seine Außenbeziehungen exemplarisch für ein Bundesland im Rahmen des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden. Im Anschluß daran vertiefen die Schüler ihr Wissen über das Grundgesetz und lernen, Aufbau und Struktur des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zu verstehen. Die Behandlung der Massenmedien erschließt dem Schüler die unterschiedliche Bewertung gleicher Sachverhalte als Strukturelement der Demokratie.

Die Vorgeschichte des Freistaates als Bundesland

Wende 1989: Rolle Sachsens, vor allem Leipzigs und Dresdens

Föderalismus in seiner Ausprägung

➔ G Kl. 7, LB 4; Kl. 8, LB 1, 4, 6; Kl. 9, LB 4

Aufbau des politischen Systems im Freistaat Sachsen

Aufgaben des Landtages und seiner Fraktionen
Aufgaben der Landesregierung
Aufbau und Struktur eines Ministeriums, exemplarisches Beispiel

Minderheiten im Freistaat
Der Freistaat Sachsen in Deutschland und Europa

Beispiel Sorben
Bundesrat
Möglichkeiten des kooperativen Föderalismus
➔ GEO Kl. 5, LB 7

Grundgesetz (GG)

Entstehungsgeschichte und Präambel
Grundwerte und Grundrechte als Verfassungsprinzipien:
GG Art. 1 - 19, 20, 79

➔ G Kl. 9, LB 5

Die Wertbindung des Grundgesetzes, seine Bedeutung für den einzelnen und das gesamte politische System

Demokratieprinzip Gewaltenteilung	Repräsentativsystem Horizontal, vertikal und temporal
Bundes-, Rechts- und Sozial- staat Verfassungsorgane der Bun- desrepublik Deutschland	Ausgestaltung Bundestag, Bundesrat, Bundes- Verfassungsgericht, Bundes- regierung, Bundespräsident Regierungsbildung und Kontrolle, Gesetzgebung, politische Kommunikation; Rolle der Fraktionen, des Abgeordneten und der Opposition Amtsgedanke, Gemeinwohlverpflichtung, Durchsetzung des politischen Willens der Parlamentsmehrheit
Aufgaben des Bundestages	
Aufgaben der Bundesregierung	
Politische Willensbildung Aufgaben der Parteien GG Art. 21, Struktur und Finanzierung	Aktuelle Wahlanalysen Aufstellung der Kandidaten und Wahlkampf; Information und Integration; Parteiengesetz in Grundzügen Durchführung der Wahl, Wahlgesetz in Grundzügen
Wahlgrundsätze des Grund- gesetzes, GG. Art. 38	
Aufgaben von Interessen- verbänden, Abgrenzung von Parteien	Beispiele für Aktivitäten und Einflußnahmen
Aufgaben der Massenmedien	Informationsvermittlung und Kritik
Private und öffentlich-rechtliche Medien	Strukturvergleich
Überblick und Vergleich der Medienlandschaft Schülerzeitung	Aktuelle Fallbeispiele aus dem Zeitgeschehen Möglichkeiten an der Schule → ETH, Medienerziehung

Lernbereich 3: Die Wiedervereinigung Deutschlands

Unter Anknüpfung an den ersten Teil der zweiten Unterrichtseinheit erlernt der Schüler die Merkmale eines totalitären bzw. autoritären Staates am Beispiel der DDR und vergleicht deren Strukturen mit dem 3. Reich. Der Schüler erkennt die Gründe für das Scheitern des real existierenden Sozialismus und die Schwierigkeiten, die sich aus dem Erbe der DDR ergeben.

Die Rolle der SED Staatsaufbau Erziehungsziele	Demokratischer Zentralismus Einheit von Partei und Staat Umsetzung in Schule und Beruf; Funktion des "Antifaschismus"
Blockwahlssystem und die Rolle der Massenmedien	Funktion und Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland

Planung der Volkswirtschaft	Mangelwirtschaft und Privatinitiative
Sozialistische Gesetzlichkeit	Sozialistisches Recht und Staatssicherheit; Gespräch mit Opfern der DDR-Justiz
Die Rolle der NSDAP	Nationalsozialismus Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte
Vergleich der Ziele und Strukturen von Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus	Notwendigkeit der Sicherung von Grundrechten in der Verfassung und Verfassungswirklichkeit
Die Wiedervereinigung Deutschlands	Stationen des Einigungsprozesses und seine Folgen (psychische, soziale, wirtschaftliche, politische ...)
Politischer Extremismus	Vergleich der Ursachen, Diskussion der Reaktionsmöglichkeiten

Klasse 10

Thema: Wirtschaft, Recht und internationale Politik

Lernbereich 1: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Der Schüler lernt durch einen Vergleich mit anderen Wirtschaftsordnungen einschließlich der theoretischen Grundlagen die Soziale Marktwirtschaft als "dritten Weg" zu verstehen. Die zunehmende Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit der Weltwirtschaft wird in vielen Bereichen des Wirtschaftslebens und in der Leistungsbilanz sichtbar. Am Beispiel eines lokalen Unternehmens lernt der Schüler dessen spezifische Interessen und die Bedeutung für den lokalen Arbeitsmarkt kennen. Die Einbindung des Arbeitnehmers in die Soziale Marktwirtschaft bildet einen weiteren Schwerpunkt des Unterrichts. Die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft werden dem Schüler am Beispiel des Umweltschutzes bewußt.

Wirtschaftssysteme/ Wirtschaftsordnungen	Überwindung der Kommandowirtschaft nach 1945 in den Westzonen Deutschlands
Marktwirtschaft	Vor- und Nachteile, Beispiele aus verschiede- nen Bereichen des Wirtschaftslebens Theoretische Begründung, A.Smith
Zentralverwaltungswirtschaft	Vor- und Nachteile, Beispiele aus verschiedenen Bereichen des Wirtschaftslebens Theoretische Begründung, Parteiprogramm der SED

Soziale Marktwirtschaft Elemente und Instrumente

Wettbewerbsordnung
und
Verbraucherschutz

Stabilitäts- und
Wachstumspolitik
Finanzpolitik

Bundesbank
Arbeitsmarkt

Tarifautonomie
Außenwirtschaftliche Verflechtungen
der Bundesrepublik Deutschland
Leistungsbilanz
Wirtschafts- und Arbeitswelt am lokalen
und regionalen Beispiel; Aufgaben
des Unternehmers
Rechtsformen von Unternehmen

Arbeitnehmer in der Sozialen
Marktwirtschaft

Die arbeitsrechtliche Sicherung
des Arbeitnehmers
Die soziale Sicherung des Arbeitnehmers

Leistungen der Sozialen
Marktwirtschaft

Umweltschutz als Zukunftsaufgabe

Braunkohlentagebau

Z Müllentsorgung

Verkehrspolitik

Spannungsverhältnis zwischen Leistung
und Verteilung

Historische Entwicklung
Notwendigkeit des gesicherten
Wettbewerbs, Kartellgesetz
Rechte und Pflichten des Verbrauchers,
Werbung
Zielkonflikt
Wünschbarkeit und Erreichbarkeit
Ursachen und Strategien zur
Überwindung der Inflation
Instrumente und Ziele
Formen der Arbeitslosigkeit
und Strategien zu ihrer Überwindung
Tarifpartner; Aufgaben der Verbände
Rolle des internationalen Wettbewerbs

Interessen und Risiken des Unternehmens;
Betriebserkundung,
Standortproblematik; Lohnnebenkosten
Vergleich der Organisationsformen

Das Unternehmen und die Interessen des
Arbeitnehmers; Rückwirkungen des inter-
nationalen Wettbewerbs auf die Arbeits-
platzsicherheit;
das Beispiel der Textilindustrie u.a.
Kündigungsschutz, Mitbestimmung,
Unfallverhütung
Soziales Netz: Alters-, Kranken-, Pflege-
und Unfallversicherung
Bedeutung für den einzelnen,
Bilanz

Möglichkeiten und Grenzen der
Sozialen Marktwirtschaft
Belastungsfaktoren
Pro und Contra Schließung der
Tagebaue, Rollenspiel
→ GEO Kl. 10, LB 5
Standortfragen von Entsorgungseinrichtungen;
Müllvermeidungsstrategien
→ GK Kl. 9, LB 1
Aktuelle Fallbeispiele

Lernbereich 2: Das Recht und die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland

Der Schüler erwirbt grundlegendes Wissen zur Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und zu deren theoretischer Begründung. Er lernt den Aufbau der Gerichtsbarkeit und die Rechtswege kennen und versteht dies als eine wesentliche Voraussetzung, um in einer modernen Demokratie selbstbestimmt leben zu können. Die Fortentwicklung des Rechts im Zusammenhang mit gewandelten Wertvorstellungen der Bevölkerung wird vor dem Hintergrund der Grundrechte betrachtet.

Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland

Freiheit und Gleichheit als Grundprinzipien der Demokratie
Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit

Grundrechtsgarantie, GG Art. 1–20
Unabhängigkeit der Richter
Verfassungsgerichtsbarkeit
Rechtswege und Gerichtsverhandlung

Aufgaben des Rechts:
Schutz-, Ordnungs- und Steuerungsfunktion

Ziele der Rechtsprechung:
Sühne
Abschreckung
Resozialisierung
Wiedergutmachung

Wandel der Wertvorstellungen

Folgen für die Gesetzgebung, Novellierungen

Verfassungsänderungen
GG Art. 20, 79 (3)

Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte

→ G, Kl. 10, LB 2

GG Art. 20, 28 (1),
Sicherung der Grundrechte in der Verfassungswirklichkeit
Rechtsweggarantie, GG Art. 19 (4)
GG Art. 97
GG Art. 92, 93

Besuch einer Gerichtsverhandlung, Organisation des Gerichtswesens, Probleme einer Ausnutzung des Instanzenweges

Rechtsstellung des Jugendlichen, Spannungsverhältnis

Folgen der Kriminalität:
Strafrechtliche und zivilrechtliche Folgen;
Rolle der Opfer von Straftaten;
Durchführung des Strafvollzugs,
Jugendstrafvollzug, Biographien

→ EVR

→ KR

→ ETH

Moral, Ethik, Autorität
Grundwerte in Grundgesetz und Landesverfassungen
Wertediskussion

Beispiele aus dem Familienrecht, Scheidungsrecht

Folgen des Vereinigungsvertrages, aktuelle Verfassungsdiskussion

Lernbereich 3: Internationale Politik und Friedenssicherung

Die Schüler lernen die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen und den Beitrag der Bundeswehr zur Friedenssicherung verstehen. Der europäische Einigungsprozeß bildet einen weiteren Schwerpunkt des Unterrichts, der die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung verdeutlichen soll. Die Problematisierung von Entwicklungspolitik und von den Aufgaben der Vereinten Nationen tragen der Bedeutung des Nord-Süd-Konfliktes Rechnung.

Armee in der Demokratie Primat der Politik Staatsbürger in Uniform	GG Art. 12a, 24, 25, 26, 87a Aufgaben des Wehrbeauftragten Innere Führung Vergleich der Eidesformeln von Bundeswehr, NVA und Deutscher Wehrmacht;
Armee im Bündnis, NATO KSZE, Abrüstung	Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien Fakten und Folgen
Die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft	Handlungsspielräume von Mitgliedsländern; Fallbeispiele: Katalysatordiskussion; Ausländerwahlrecht, Asylrecht Auswirkungen auf Deutschland und die Partnerländer
Der gemeinsame Markt	
Die politische Integration	Bisherige Entwicklung und zukünftige Mitglie- der; Probleme und Chancen → G Kl. 9, LB 5
Die Bundesrepublik Deutschland im Nord-Süd-Gegensatz Ursachen, Hintergründe	Abstimmung mit den Fächern Geschichte und Geographie notwendig → G Kl. 10, LB 2 → GEO Kl. 8, LB 6
Unterschiedliche Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern	Gegenüberstellung der Positionen
Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland	Bisheriger Umfang und Formen Motive der Entwicklungspolitik zukünftige Gestaltung; Erfolgskontrolle
Die Vereinten Nationen Organisation, Struktur und Ziele	Recht auf Selbstbestimmung Deutscher Beitrag Aktuelles Fallbeispiel

Grundkurs 11/I

Demokratische Grundordnungen: Leitbilder einer freiheitlichen Demokratie

Anhand einer Erarbeitung von Grundsätzen verschiedener Demokratietheorien (Konkurrenz- und Identitätstheorie der Demokratie) sowie an Beispielen auch aus der jüngsten Vergangenheit lernt der Schüler die Wirksamkeit von weltanschaulich begründeten Theorien für das tägliche Leben kennen. Der Schüler soll das jeweils zugrundeliegende Geschichtsverständnis und Menschenbild sowie deren Auswirkungen in der Ausgestaltung politischer Systeme verstehen können. Am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland soll der Schüler die Umsetzung der Menschenrechte in die Form des Sozialen Rechtsstaates überprüfen und mit den Strukturen anderer Staatsformen in Deutschland vergleichen. Der Schüler soll erkennen, daß sich jedes politische System an der Realität messen lassen muß und es nicht genügt, nur seine Grundprinzipien zu betrachten.

Konkurrenz- und Identitätstheorie der Demokratie und ihre Umsetzung in Pluralismus bzw. Totalitarismus
Darstellung der Theorien
Quellenarbeit

Z Drittes Reich:

Geschichtsverständnis im Nationalsozialismus: Rassismus, Blut und Boden, Sozialdarwinismus
Menschenbild und Wertorientierung

Folgen für die politische Willensbildung:
Gewalteneinheit
Gemeinwohl
Rechtsverständnis
Frank: "Recht ist, was dem Volke nützt."
Gestapo
Außenpolitik

DDR:

Geschichtsverständnis im real existierenden Sozialismus:
Historischer Materialismus

Menschenbild und Wertorientierung

Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Fach Geschichte

Texte von Hobbes, Locke, Montesquieu, Rousseau
→ G Kl. 10, LB 2

Rassistisch begründetes Gleichheitsprinzip
Rolle der Minderheiten,
Bedeutung des Eigentums
→ G Kl. 9, LB 3
→ GK Kl. 9, LB 3
Texte u. a. aus "Mein Kampf"

Volkssouveränität und Führerstaat
Ermächtigungsgesetz
Folgen für andere Teilordnungen (z. B. Wirtschafts- und Sozialordnung);
Beispiele für Rechtsbeugungen
CSR 1938, Hitler-Stalin-Pakt

Ökonomisch begründetes Gleichheitsprinzip
Rolle der Minderheiten,
Bedeutung des Eigentums
→ G Kl. 9,
→ GK Kl. 9, LB 5
Texte von Karl Marx u. a.,
"Neuer Mensch"

Folgen für die politische Willensbildung:

Gewalteneinheit

Gemeinwohl

Rechtsverständnis

"Die Partei hat immer recht."

Staats sicherheitsdienst

Außenpolitik

Bundesrepublik Deutschland:

Geschichtsverständnis

im Pluralismus

Menschenbild und Wertorientierung

Naturrechte des Individuums

und der Auftrag des Grundgesetzes

Gewaltenteilung,

Recht auf Opposition

Sozialstaatsprinzip

Gemeinwohl; soziale Sicherheit;

sozialer Ausgleich

Schutz von Ehe und Familie

Sozialpolitik, System der

sozialen Sicherung

Spannungsverhältnis von

Rechts- und Sozialstaatlichkeit

Z Tarifvertrag als Beispiel für

kollektive Konfliktlösung

Überprüfung der Folgen eines Staatsaufbaus

nach den Grundsätzen von Konkurrenz-

und Identitätstheorie der Demokratie

an zwei Beispielen

Volkssouveränität und demokratischer

Zentralismus

Verfassung der DDR von 1974

Folgen für andere Teilordnungen

(z.B. Wirtschafts- und Sozialordnung);

Beispiele für Rechtsbeugungen

CSSR 1968, KSZE-Schlußakte;

Angriffspläne des Warschauer Paktes

BVerfG-Urteile: SRP- und KPD-

Verbote; offene Gesellschaft

Christentum, Aufklärung

GG Art. 1

Freiheitsrechte, politische Mitwirkungsrechte

und soziale Teilhaberrechte;

Minderheiten, Eigentum

→ Verfassung des Freistaates Sachsen

Volkssouveränität

Ideal einer sozialen Demokratie in den Formen

des Rechtsstaates, GG Art. 20 und 28

Auftrag des GG Art. 6

Sozialgesetzgebung

→ GK Kl. 10, LB 1

Finanzierung der sozialen Sicherung

Rollenspiel, GG Art. 9,

Folgen für andere Gruppen;

Vergleich mit DAF und FDGB

→ Zusammenarbeit mit Geschichte

→ GK Kl. 10, LB 1

Beispiele: F, GB, GUS, Iran,

Schweiz, USA, VR China

→ G Kl. 10, LB 2

→ EVR,

→ KR,

Grundkurs 11/II

Internationale Politik: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld der Internationalen Politik

In einer sich rasch wandelnden Welt soll der Schüler die Notwendigkeit der fortlaufenden Bestimmung von eigenen Standpunkten unter Beibehaltung grundlegender Werte und Einbezug von internationalen Verpflichtungen erkennen. Die Ablösung des Ost-West-Konfliktes durch den Nord-Süd-Gegensatz bildet den Hintergrund der zunehmenden Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für einen Ausgleich im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Die wechselseitige Abhängigkeit der Industriestaaten und der Entwicklungsländer wird am Beispiel des Welthandels deutlich.

Vernetzung von Nationalstaaten durch inter- und supranationale Organisationen

Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Verträge und ihre außenpolitischen Interessen

Europäische Gemeinschaft
Funktionsweise
Europäischer Gerichtshof
Menschenrechtskonvention
Binnenmarkt
Agrarmarkt

Z KSZE, Vereinte Nationen

Die Bundesrepublik Deutschland im Nord-Süd-Gegensatz

Entwicklungsland: Indikatoren, Ursachen der Unterentwicklung

Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung
Entwicklung des Welthandels

Kapitalmangel in den Entwicklungsländern
terms of trade

Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte

Bedeutungswandel der zentraleuropäischen Lage Deutschlands
Versuch einer Definition von nationalen Interessen

Wesentliche Bestimmungen der Verträge und Handlungsspielräume der Regierungen; gemeinsame Währung; Integration von zukünftigen Mitgliedern, Asylrecht und nationale Interessen
→ GK, Kl. 10, LB 3
→ GEO, GK 11/II

Deutscher Beitrag
Wertegemeinschaft, Struktur und Willensbildung

Abstimmung mit den Fächern
Geschichte und Geographie notwendig

Definitionen
→ G, Kl. 10, LB 2
→ GEO, Kl. 8, LB 6
→ EVR
→ KR
→ ETH

Unterschiedliche Interessen
Rohstoff-Abhängigkeit der Industrieländer (u.a. OPEC), Auswertung von Statistiken
Bevölkerungswachstum, Sparaufkommen
Inflation, Schulden, Preisbildung als Ergebnis von Angebot und Nachfrage (Angebots- und Anbieterstruktur), Entwicklung von Nachfrage und Substitution in den Industrieländern

Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern
Entwicklungshemmnisse in den
Entwicklungsländern

Kulturelle Vielfalt

Vorschläge zur Neugestaltung
der Weltwirtschaftsordnung
Internationaler Rohstofffonds

Meistbegünstigung, Assoziierung, GATT

Erzielung eines Leistungsbilanz-
überschusses in den Entwicklungsländern

Rolle von IWF, Weltbank
und Nationalbanken

Entwicklungspolitik der Bundesrepublik
Deutschland

Bisheriger Umfang und Formen
Zukünftige Gestaltung der
Entwicklungshilfe

Wirtschaftliche, ökologische und
sicherheitspolitische Bedeutung

Politische und wirtschaftliche Instabilität,
Menschenrechtsverletzungen
Infrastruktur, Facharbeitermangel und
Ausbildungsstand, Mentalitäten;
Fallbeispiele
Toleranz und Anerkennung verschiedener
Wertmaßstäbe

Vgl. Europäischer Agrarmarkt
kontroverse Stellungnahmen
Beispiel der EG
Problemkreis Protektionismus
Aufzeigen von Handlungsspielräumen
Rollenspiel: Konsumenten,
Arbeiter der Textilindustrie in Deutschland und
Produzenten in den Entwicklungsländern
Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten

Rolle der Kirchen und Verbände; Einhaltung
der Menschenrechte; alternative Formen der
Entwicklungshilfe; Begrenztheit der Mittel
und Erfolgskontrolle

Rückwirkung der Lebensbedingungen in der
Dritten Welt auf die Industrieländer

Grundkurs 12/I

Wirtschaft: Wirtschaftsordnung, Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Nach einer Diskussion verschiedener Ordnungsprinzipien von Volkswirtschaften einschließlich der theoretischen Begründungen lernt der Schüler die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft verstehen und kann ihre Funktionsweise erklären. Die Problematik von Markt- und Planwirtschaft wird vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands anschaulich verdeutlicht.

Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland

Mögliche Ordnungsprinzipien einer Volkswirtschaft:

- Kollektiv- und Planerfüllungsprinzip
- Individual- und Gewinnprinzip
- Zentrale und dezentrale Planung

- Z Der Spielraum des Grundgesetzes:
- Wirtschaftspolitisch relevante Grundrechte
 - Sozialstaatspostulat

Gegenüberstellung von Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft

Wettbewerb als Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft

Soziale Elemente

- Z Die Kommandowirtschaft des Dritten Reiches

Die Soziale Marktwirtschaft in der Praxis

Wirtschaftskreislauf

Steuerungs- bzw. Einflußgrößen:

- Z Endogene und exogene Konjunkturfaktoren

Zyklischer Konjunkturverlauf
Einflüsse von Interessenverbänden
Staatseinfluß, Stabilitätsgesetz

Die Bundesbank und ihr Instrumentarium

➔ GK Kl. 10, LB 1

Alternativen: Marx – Mehrwert, Arbeitswerttheorie; A. Smith: Wohlstand der Nationen; Funktion von Preisen und Löhnen in Markt- und Planwirtschaft; Bedürfnis und Bedarf

GG Art. 1, 2, 9, 12, 14, 15
GG Art. 20 (1), 28

Die Soziale Marktwirtschaft als "dritter Weg" mit Spielräumen zur Ausgestaltung
➔ GK 11/I

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Sozialgesetzgebung, Wohngeld, u. a.

Ausarbeitung von Parallelen/Unterschieden zur DDR
➔ G Kl. 9, LB 3

Auswertung von Statistiken zur Entwicklung der Volkswirtschaft, der Erarbeitung des BSP und dessen Verteilung; Auswertung des Wirtschaftsteils von Tageszeitungen
➔ GK Kl. 10, LB 1

Problematisierung der Reaktionsmöglichkeiten

Boom und Baisse
Stellungnahmen anhand von aktuellen Beispielen
Problematisierung der Begriffe und der Erreichbarkeit von Zielen
Problematisierung der Verantwortlichkeit; gemeinsame Währung ECU

Der gemeinsame Binnenmarkt in der EG
Vergleich der Leistungsfähigkeit von Markt- und Planwirtschaft

Planwirtschaft

Recht auf Arbeit, Motivation, soz. Wettbewerb und Subventionen; Planerfüllung: Lenkung und Wertbestimmung, "weiche Pläne", Volkseigentum an Produktionsmitteln

Autarkie und Arbeitsteilung im Rahmen des RGW
Ursachen und Wirkungen

Soziale Marktwirtschaft

Internationaler Wettbewerb und Import von Rohstoffen; Privateigentum, Unternehmerrisiko und Arbeitslosigkeit

Die Wiedervereinigung als wichtigste wirtschafts- und strukturpolitische Aufgabe der Nachkriegszeit

Vergleich der Sozial- und Industriestruktur 1988/89

Die Währungsunion als Vorstufe der Wiedervereinigung

Aktuelle Bilanz

Umweltschutzpolitik

Zukünftige Entwicklungen, Alternativen
Folgen für die Bevölkerung: Wohnraum, Einkommen, Kaufkraft, Arbeitszeit, Lebenserwartung, Umweltschutz, medizinische Versorgung, Kinderkrippe u. a.

Aufzehren des Kapitalstocks, hohe versteckte Arbeitslosigkeit, (zurückgestaute) Inflation und Wartezeiten; Abfluß der Mittel (internationale Solidarität); niedrige Produktivität

Staatliche Monopole; Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen; nichtkonvertierbare Währung und ausländische Konkurrenz

Innovationen und internationale Wettbewerbsfähigkeit, frei konvertierbare Währung und ausländische Konkurrenz; Formen der Arbeitslosigkeit; Abschreibungen

→ GK Kl. 9, LB 3

Auswertung von Statistiken und Karten zum Vergleich DDR/Bundesrepublik Deutschland

→ GEO, GK 11/II

Kontroverse Positionen:
Alternativen, Folgen

Querschnitt von Stellungnahmen aus der Presse

Gemeinsame Zukunftsaufgaben

Grundkurs 12/II

Strukturen der Politik: Politische Systeme der Gegenwart

Der Schüler lernt ausgehend vom Beispiel der Bundesrepublik Deutschland die innen- und auswärtigen Aufgaben des modernen Staates kennen. Ein Vergleich ihrer Lösungsmöglichkeiten bezieht plebiszitäre Wege ebenso ein wie die Betrachtung eines anderen pluralistisch strukturierten Systems der Gegenwart.

Aufgaben des modernen Staates
Innere und äußere Sicherheit

Daseinsvorsorge und wirtschaftliche
Verantwortung

Freiheitssicherung

Verfassungsgrundsätze der
Bundesrepublik Deutschland
Wertbindung
Wehrhafte Demokratie
Demokratieprinzip
Sozialstaatlichkeit
Rechtsstaatlichkeit
Föderalismus

Verbindung zwischen Gesellschaft und
politischem System
Meinungsbildung und Formen der
Partizipation
Massenmedien
Interessenverbände

Demokratieprinzip
Politische Willensbildung
und Aufgaben der Parteien
Partizipation des Bürgers

Die Rolle von Wahlen und Wahlrecht

Herrschaftsausübung und
Herrschaftskontrolle

Parlament: Regierungsbildung, Regie-
rungskontrolle Gesetzgebung,
politische Kommunikation

Herausbildung des modernen Staates
US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung
→ G Kl. 8, LB 4; Kl. 9, LB 5
→ GK Kl. 10, LB 1

Weltanschauliche Neutralität

→ GK Kl. 11, Grundkurs 1
→ GK Kl. 10, LB 2
Verfassungskommentare
GG Art. 1, 20 und 28
Sicherung der Grundwerte,
GG Art. 79 (3)
Funktion und Aufgaben des
Bundesverfassungsgerichtes
Links- und Rechtsextremismus,
Terrorismus
Aufgaben des Verfassungsschutzes

Rolle der Medien, Information und Kontrolle
Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften,
Bürgerinitiativen;
Abgrenzung von Parteien
→ GK Kl. 9, LB 2

Zielvorstellung der Parteien, Mitglieder-
struktur, rechtliche Stellung der
Parteien, Parteitypen,

Wahlen und Wählerverhalten, Wahlkampf und
Konsensbereitschaft der Parteien
→ GK Kl. 9, LB 2

Präsidentielles und parlamentarisches
System, Regierungssystem

Schwerpunkte der Tätigkeit von Bundestag
und Bundesrat
→ GK Kl. 9, LB 2

Funktions- und Strukturwandel

Regierung:
Gemeinwohlverpflichtung
politische Führung

Z Rolle der Verwaltung

Durchsetzung von Entscheidungen:
Mitwirkungsbereitschaft der Bürger

Ansprüche und Widerstände
der Betroffenen

Plebiszitäre Organisation
von Demokratie

Vergleich mit anderen Regierungssystemen:

USA

Z Frankreich

Z Großbritannien

Z Entwicklung in Osteuropa

Die Erfüllung der auswärtigen Staats-
aufgaben

Internationale Verpflichtungen der
Bundesrepublik Deutschland

Verhältnis von Parlament und Regierung im
19. und 20. Jh., Parlamentsreform

→ GK Kl. 9, LB 2

Richtlinienkompetenz

Einflüsse von Koalitionen, Parteien
und Verbänden,
außenpolitische und wirtschaftliche
Gegebenheiten

Planungsvorbereitung und -ausführung;
Rechtsstaatlichkeit

Fallanalyse, Rolle der Medien und Verbände
Inanspruchnahme der Verwaltungsgerichte,
Konsens und Konflikt/Spannungsverhältnis
Formen der außerparlamentarischen
Opposition

GG Art. 20;

Das Beispiel der Schweiz: Volksbegehren,
Volksentscheid; Art. 70 – 75 der
Verfassung des Freistaates Sachsen
Aufgreifen von Einzelaspekten

System der "checks and balances",
präsidentielles Regierungssystem

Semi-präsidentielles Regierungssystem

Parlamentarisches Regierungssystem

→ G Kl. 8, LB 2

Aktuelles Material

Bewertung neuer Strukturen

Einsatz der Bundeswehr im Rahmen
der Vereinten Nationen, WEU, KSZE

→ GK Kl. 10, LB 3

Leistungskurs 11/I

Das Individuum in der Industriegesellschaft

Lernbereich 1: Industrialisierung und sozialer Wandel

Die Betrachtung des rechtlichen und sozialen Fortschrittes im Zusammenhang mit der Industrialisierung bildet den Ausgangspunkt für einen Vergleich der Ständegesellschaft mit der Industriegesellschaft. Dabei soll erkannt werden, welche Normen und Rollen für eine Industriegesellschaft notwendig sind.

Industrialisierung und sozialer Wandel

Die vorindustrielle Ständegesellschaft
Technologische Entwicklungen
und soziale Folgen

Entfaltungsmöglichkeiten und Einschränkungen für den einzelnen
Erweiterungen der politischen
und sozialen Rechte:

Rechtliche und politische Gleichheit
Entwicklung der Kommunikationsmöglichkeiten

Soziale Sicherung

Abhängigkeiten:

Erziehung, Sozialisation

Soziale Differenzierung

Bedeutung der Regelmäßigkeit

Rolle der Organisationen

Zeittafel zur Industriellen Revolution
und zum technologischen Wandel in
Deutschland

➔ G Kl. 8, LB 5

Positive und negative Folgen des
technischen Fortschrittes

Humanisierung der Arbeitswelt

➔ G Kl. 8, LB 3, 4

Rollenbegriff

Bürokratisierung, Rationalisierung
Einbindung in Gruppen

Lernbereich 2: Theoretische Grundlagen staatsrechtlicher Modelle

Ausgehend von einer Ausarbeitung der Merkmale und Folgen der Konkurrenz- und Identitätstheorie der Demokratie und ihrer Umsetzung im Pluralismus bzw. Totalitarismus lernt der Schüler das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit am Beispiel verschiedener Interpretationen zu verstehen.

Grundlagen von Industriegesellschaften

Konkurrenz- und Identitätstheorie der Demokratie und ihre Umsetzung in Pluralismus bzw. Totalitarismus

Darstellung der Theorien
Quellenarbeit

Individuum und Gesellschaft in Grundtypen des politischen Denkens

Die Auffassung von Mensch und Gesellschaft im Liberalismus

Harmonie der sozialen Beziehungen

Der zentrale Wert der Freiheit des einzelnen

Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen und sozialer Fortschritt

Konservative Positionen:

Die existentielle Bedeutung der Gemeinschaft für den einzelnen

Die Rolle von Tradition, Autorität und Institutionen

Wohlfahrtsstaatliche Positionen

Marxistische Positionen

Die Entfremdung des Menschen im Kapitalismus

Der "neue Mensch" in der klassenlosen Gesellschaft

Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Fach Geschichte

Ausarbeitung der jeweiligen Merkmale

Texte von Hobbes, Locke, Montesquieu und Rousseau
→ G Kl. 10, LB 4

Gegenüberstellung der unterschiedlichen Positionen

Texte von Smith, Dahrendorf

Gesellschaftsvertrag

→ G Kl. 10, LB 4

Locke und Rousseau

Amerikanische Unabhängigkeitserklärung

Texte von Gehlen und Schelsky

Katholische Soziallehre (O. v. Nell-Breuning);

→ EVR,

→ KR

Texte von Marx und Engels zu Anthropologie,

Historischer Materialismus

Vergleich von neomarxistischen Positionen,

Definitionen in DDR-Publikationen

Lernbereich 3: Die praktische Umsetzung der Grundsätze von Identitäts- und Konkurrenztheorie der Demokratie

Am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik untersucht der Schüler den Versuch zur Verwirklichung des ökonomisch begründeten Gleichheitsprinzips und erkennt die Notwendigkeit der Grundwertesicherung. Am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland setzt sich der Schüler mit pluralistischen Bewertungen der Gesellschaft in einem modernen Industriestaat auseinander.

Die unterschiedliche Ausgestaltung der modernen Industriegesellschaft	Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Fach Geschichte
Das Beispiel DDR: Ziele und Prinzipien eines sozialistischen Staates Gemeinwohldefinition	Artikel 1 Verfassung von 1974 Klassentheorie, Begründung und Kritik
Geschichtsverständnis	Historischer Materialismus Begründung und Kritik
Menschenbild und Wertorientierung	Erziehungsgrundsätze und Ausbildungssystem, Zulassungsbedingungen Führungsanspruch der SED
Demokratischer Zentralismus und Wahlen im sozialistischen Staat	
Gewalteneinheit und sozialistische Gesetzlichkeit	Herrschaftsinstrumente der Partei: Rolle von Staatssicherheitsdienst, Rechtsprechung und Strafvollzug Funktion des "Antifaschismus"
Rolle der Massenmedien	
Soziale Differenzierung	Auswertung von Statistiken Vergleich mit anderen Industriestaaten
Soziale Mobilität	Kooptierung, Parteilichkeit; Mobilitätshemmnisse
Volkseigentum an Produktionsmitteln und Produktivität	Notwendigkeit der Vollbeschäftigung und der hohen Frauenarbeitsquote
Die Familie	Rolle der Frau im Sozialismus; staatliches Erziehungsmonopol
Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland: Ziele und Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Gemeinwohldefinition	Präambel des Grundgesetzes und Art. 1, BVerfG-Urteile: SRP- und KPD-Verbote Pluralistische Interpretation und Minimalkonsens (Wert-, Verfahrens- und Ordnungskonsens)
Geschichtsverständnis	Offenheit der Entwicklung

Menschenbild und Wertorientierung	Wertpluralismus und Grundrechte; Christentum, Aufklärung
Sicherung der Grundrechte durch Gewaltentrennung	Grundgesetzkommentare und Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zu den Grundrechten; Persönlichkeit und Gemeinschaft
Die Rolle der Opposition	Kritik, Kontrolle, Personal und Sachalternative
Aufgaben und Beitrag der demokratischen Parteien	Integrative Elemente der Parteiprogramme und ihre Umsetzung; Solidarität und Subsidiarität
Aufgaben und Beitrag der Interessenverbände	Beispiele aus der Gesetzgebung
Die Arbeitswelt: Organisationsformen der Arbeit	Arbeitsteilung und die Folgen, Arbeitsstrukturierung, Automation und Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften
Belegschaftsstruktur und Betriebshierarchie	Funktionsgruppen und Funktionspyramiden, Rolle der Frau, Verhältnis Arbeiter – Angestellte
Leistung	Motivation, Leistungsanreize, Verteilung sozialer Positionen
Familie: Struktur der Familie Aufgaben der Familie Bedeutung für die moderne Gesellschaft	Art. 6 des Grundgesetzes Schutz der Familie
Der Aufbau der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland	
Daten zur sozialen Differenzierung und ihre Auswahlkriterien	
Modelle und ihre Begründung	Schichttheorien und Klassentheorie, Methoden der empirischen Sozialforschung als Mittel der Erarbeitung und Überprüfung
Soziale Mobilität: Formen und Ursachen Folgen für die Gesellschaftsstruktur	Horizontal, vertikal Eliten, Randgruppen Leistungsgesellschaft, offene Gesellschaft, nivellierte Mittelstandsgesellschaft, Klassengesellschaft, Neue soziale Frage

Lernbereich 4: Individuum und Sozialpolitik

Der Schüler erkennt den Auftrag des Grundgesetzes, den einzelnen zu fördern und vor Not zu schützen. Er informiert sich über Probleme der Sozialpolitik und bewertet unterschiedliche Lösungsansätze von Parteien und Verbänden auch im Hinblick auf Wünschenswertes und Realisierbares.

Der Auftrag des Grundgesetzes

Individuelle Freiheit

Sozialstaatsprinzip: Gemeinwohl, soziale Sicherung und sozialer Ausgleich als Staatsaufgaben
Schutz von Ehe und Familie

Sozialpolitik, System der sozialen Sicherung

Grundzüge und Grenzen

Ansprüche und Verantwortlichkeiten von einzelnen und Gruppen

Lösungsbeiträge der Parteien und Verbände

Z Die Integration der Jugend
Berufs- und Arbeitswelt
Einstellung zur politischen Umwelt

Z Die Freizeit:
Trennung von Freizeit und Arbeitswelt
Freizeitverhalten

Spannungsverhältnis:
Freiheit – Gebundenheit – Gleichheit

Ideal einer sozialen Demokratie in den Formen des Rechtsstaates, GG Art. 20, 28, Auftrag des GG Art. 6

Eigentum und soziale Verpflichtung, GG Art. 14 und 15

Sozialgesetzgebung, Materialien des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Finanzierung der sozialen Sicherung

Fallanalysen aus ausgewählten Bereichen, Arbeits- und Sozialrecht, Familienpolitik und Bildungspolitik
→ EVR
→ KR

Zunahme der Freizeit, Einstellung zur Arbeit und Freizeit
Präferenzen nach Alter, Familienstand und Schicht

Leistungskurs 11/II

Internationale Beziehungen

Lernbereich 1: Wertmaßstäbe und Elemente

Der Schüler soll Kategorien zur Betrachtung internationaler Beziehungen sowie ihre Grundelemente kennenlernen und die Fähigkeit erwerben, seine Kenntnisse zur Analyse internationaler Konflikte zu benutzen.

Kategorien zur Betrachtung internationaler Beziehungen
Innere und äußere Bestimmungsfaktoren von internationalen Systemen

Grundelemente internationaler Beziehungen:
Das Völkerrecht

Instrumente der Außenpolitik

Merkmale internationaler Systeme

Prozesse internationaler Politik

Aktuelle Fallbeispiele

Räumliche und zeitliche Abgrenzung von Konstellationen
Rolle der an der Konstellation beteiligten politischen Systeme
Perzeptionen und Interessen der politischen Entscheidungsträger
Machtverhältnisse und Normen, die die Außenpolitik prägen

Recht auf Selbstbestimmung
GG Art. 1, 25, 26
Quellen, Zielsetzung und Formen, Anwendung, Durchsetzung und Probleme völkerrechtlicher Normen
Diplomatie, Geheimdienste, Außenwirtschaftspolitik, Propaganda, Öffentlichkeitsarbeit, Militär
Gleichgewicht, Hegemonie, Abhängigkeit, Bi- und Multipolarität, Integration
Kooperation und Konflikt, Krise, Krisenmanagement, Krieg und Abschreckung

Lernbereich 2: Konfrontation und Kooperation als Strukturmerkmale internationaler Beziehungen

Der Schüler soll Kenntnisse über Struktur und gestaltende Kräfte des internationalen Systems erwerben. Der jahrzentlang die Weltpolitik prägende Ost-West-Konflikt bietet ein Fallbeispiel, um die Entwicklungslogik von Konfrontations- und Kooperationspolitik verstehen zu lernen. Anhand der Betrachtung des Nord-Süd-Gegensatzes wird in die drängenden gegenwärtigen und künftigen Gestaltungsaufgaben internationaler Politik eingeführt.

<p>Ost-West-Konflikt Entstehung und Hauptstreitpunkte</p>	<p>Nachkriegsära West- und Osteuropäische Integration, NATO und Warschauer Pakt</p>
<p>Phasen des Konfliktes</p>	<p>Harmel-Bericht, NATO-Doppel-Beschluß, Angriffspläne des Warschauer Paktes und SDI-Pläne</p>
<p>Ursachen für das Ende des Konfliktes</p>	<p>Rüstungswettlauf, Markt- und Planwirtschaft, Anteil der Militärausgaben am BSP, Reform- versuche in der UdSSR,</p>
<p>Die NATO und der Beitrag der Bundeswehr</p>	<p>Menschenrechtspolitik im Rahmen der KSZE Friedenssicherung durch Bündnispolitik, Wertegemeinschaft</p>
<p>Der Auftrag der Bundeswehr Primat der Politik, Staatsbürger in Uniform</p>	<p>Armee in der Demokratie, Innere Führung, Weißbuch, Wandel der Verteidigungs- konzepte;</p>
<p>Abrüstung und Kooperation</p>	<p>Grundgesetz Art. 12a, 24, 25, 26 und 87a Bewertung neuer Strukturen in Osteuropa</p>
<p>Die Bundesrepublik Deutschland im Nord-Süd-Gegensatz</p>	<p>Abstimmung mit den Fächern Geschichte und Geographie notwendig</p>
<p>Entwicklungsland: Indikatoren, Ursachen, Hintergründe</p>	<p>Definitionen → G Kl. 10, LB 2 → GEO Kl. 8, LB 6 → EVR → KR → ETH</p>
<p>Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung</p>	<p>Unterschiedliche Interessen</p>
<p>Entwicklung des Welthandels</p>	<p>Rohstoff-Abhängigkeit der Industrie- länder (u. a. OPEC); Auswertung von Statistiken</p>
<p>Kapitalmangel in den Entwicklungs- ländern terms of trade</p>	<p>Bevölkerungswachstum, Sparaufkommen, Inflation und Schulden Preisbildung als Ergebnis von Angebot und Nachfrage (Angebots- und Anbieterstruktur), Entwicklung von Nachfrage und Substitution in den Industrieländern</p>

Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern	Politische und wirtschaftliche Instabilität, Menschenrechtsverletzungen; Fallbeispiele
Entwicklungshemmnisse in den Entwicklungsländern	Infrastruktur, Facharbeitermangel und Ausbildungsstand; Mentalitäten; Fallbeispiele
Kulturelle Vielfalt	Toleranz und Anerkennung verschiedener Wertmaßstäbe
Vorschläge zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung	
Internationaler Rohstoff-Fonds	Vgl. Europäischer Agrarmarkt
Meistbegünstigung, Assoziierung Erzielung eines Leistungsbilanzüberschusses in den Entwicklungsländern	Beispiel der EG Aufzeigen von Handlungsspielräumen; Rollenspiel: Konsumenten, Arbeiter der Textilindustrie in Deutschland und Produzenten in den Entwicklungsländern Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten
Rolle von IWF, Weltbank und Nationalbanken	
Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland	
Bisheriger Umfang und Formen Zukünftige Gestaltung der Entwicklungshilfe	
Wirtschaftliche, ökologische und sicherheitspolitische Bedeutung	Materialien des BMZ, Rolle der Kirchen und Verbände Einhaltung der Menschenrechte alternative Formen der Entwicklungshilfe, Begrenztheit der Mittel; Erfolgskontrolle Rückwirkungen der Lebensbedingungen in der Dritten Welt auf die Industrieländer

Lernbereich 3: Konfliktregelung und Friedenssicherung als Aufgaben der internationalen Politik

Der Schüler soll erkennen, auf welche Weise sich in der konfliktanfälligen internationalen Staatenwelt Konflikte regeln und friedenssichernde Maßnahmen durchführen lassen. Zugleich soll er die wichtigsten Instrumente internationaler Konfliktregelung und Friedenssicherung kennenlernen.

<p>Die Europäische Gemeinschaft</p> <p>Aufgaben und Ziele</p> <p>Das politische System der EG</p> <p>Funktionsweise</p> <p>Die Einbindung der Bundesrepublik in internationale Verträge</p> <p>NATO, WEU, europäische Menschenrechtskonvention, Vereinte Nationen, EG und KSZE</p> <p>Zukünftige Aufgaben der EG nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes</p> <p>Die Vereinten Nationen</p> <p>Zielsetzung und Entstehung Die Entwicklung der UNO</p> <p>Das Institutionensystem der Vereinten Nationen Die UNO als friedenssichernder Faktor der internationalen Beziehungen</p>	<p>Friedenssicherung durch Integration</p> <p>Phasen des Integrationsprozesses, historische Entwicklung Kommission, Ministerrat, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof Kenntnis wesentlicher Bestimmungen Handlungsspielräume der Regierung, Interessendefinition Internationale Verpflichtungen aufgrund der Verträge; Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen, WEU, KSZE kontroverse Stellungnahmen Rechts- und Währungsangleichung, Vertiefung oder Erweiterung, Wertegemeinschaft und Struktur, Asylrecht und nationale Interessen Konfliktregelung im internationalen System</p> <p>UNO-Charta, Recht auf Selbstbestimmung Überblick</p> <p>Funktionsweise und deutscher Beitrag</p> <p>Aktuelle Fallbeispiele</p>
--	--

Leistungskurs 12/I

Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Lernbereich 1: Grundgesetz und Wirtschaftsordnung

Nach einer Gegenüberstellung verschiedener Steuerungsmöglichkeiten von Volkswirtschaften erfolgt eine Analyse der Spielräume des Grundgesetzes zur Ausgestaltung der zulässigen Wirtschaftsordnung. Dabei erkennt der Schüler, daß die Soziale Marktwirtschaft dem Grundgesetz entspricht.

<p>Grundgesetz und Wirtschaftsordnung</p> <p>Mögliche Steuerungsprinzipien einer Volkswirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> Kollektiv- und Planerfüllungsprinzip Individual- und Gewinnprinzip Zentrale und dezentrale Planung <p>Der Spielraum des Grundgesetzes</p> <ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftspolitisch relevante Grundrechte Sozialstaatspostulat <p>Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> Wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild Wettbewerbspolitik Sozial- und Vermögenspolitik 	<p>➔ GK Kl. 10, LB 1</p> <p>Alternativen: Marx – Mehrwert, Arbeitswerttheorie; A. Smith: Wohlstand der Nationen; Funktion von Preisen und Löhnen in Markt- und Planwirtschaft; Bedürfnis und Bedarf</p> <p>Die Soziale Marktwirtschaft als "dritter Weg"</p> <p>GG Art. 1, 2, 9, 12, 14, 15; Interpretationsspielraum, GG Art. 20 (1) und 28; kontroverse wissenschaftliche Diskussion</p> <p>Schriften von Erhard, Müller-Armack, Eucken Kartellgesetzgebung Parteiprogramme, Vermögensbildungsgesetz</p>
---	--

Lernbereich 2: Konjunktur und Konjunkturpolitik in Deutschland

Ausgehend von der gegenwärtigen Lage befaßt sich der Schüler mit der Entwicklung der Konjunktur seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Dabei stellt der Schüler die Ergebnisse von Markt- und Planwirtschaft gegenüber und lernt die unterschiedlichen Modelle verstehen. Die Auseinandersetzung mit konjunkturpolitischen Theorien ist ebenso Gegenstand des Unterrichts, wie die Kenntnis des konjunkturpolitischen Instrumentariums. Die Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft mit dem Weltmarkt wird an vielen Beispielen sichtbar.

<p>Die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft</p> <p>Wirtschaftskreislauf</p>	<p>Auswertung von Statistiken zur Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1950</p> <p>Beschäftigung, Erarbeitung des BSP und dessen Verteilung; gesellschaftspolitische Bedeutung</p>
--	--

Indikatoren	Bruttosozialprodukt, Investitionen, Auftragslage
Konjunkturpolitische Probleme	Arbeitslosigkeit (Formen), Inflation (Formen), Zusammenhänge, Zeitreihen, Jahreswirtschaftsberichte, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank
Gesamtwirtschaftliche Nachfrage als Ursache konjunktureller Schwankungen	
Private Haushalte	Einkommen, Kaufkraft, Spar- und Konsumneigung
Unternehmen	Investitionen (Multiplikatoreffekt), Zinsniveau, Lohnkosten
Staat	Beschäftigungslage, Steuereinkünfte, Aufgaben
Ausland	Wettbewerbsfähigkeit, Produktionskosten, terms of trade
Konjunkturelle Stabilisierung	
Ziele und Zielkonflikte: Das magische Viereck	Stabilitätsgesetz, Quantifizierung der Ziele, Kontrolle, Lohnquote, Verteilungsgerechtigkeit
Konflikte zwischen Einzelzielen: Wachstum/Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung/Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	Stagflationsproblem, Phillipskurve und ihre Modifikationen
Politikbereiche, Träger und Instrumente: Finanzpolitik (Staatsausgaben) Steuererhöhung, Steuersenkung	Konjunkturprogramme, Rücklagen, Wirksamkeit und zeitliche Verzögerungen von Maßnahmen der öffentlichen Hand, Abschreibungserleichterung und Abschreibungserschwerung, Investitionszulage, Investitionssteuer
Geldpolitik (Aufgaben und Befugnisse der Bundesbank)	Bundesbankgesetz, Materialien der Bundesbank, Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen
Währungspolitik	Währungssysteme, Wechselkurse, Maßnahmen zur Sicherung des Außenwertes der DM; Europäische Währung ECU; Außenwirtschaftsgesetz

Einkommenspolitik (Tarifautonomie, Orientierungsdaten der Bundesregierung)	Tarifauseinandersetzung Modelle betrieblicher Vermögensbildung
Konjunkturpolitische Konzeptionen (Erfolge und Schwierigkeiten) Globalsteuerung	Keynes, General Theory → G Kl. 9, LB 2 Rezession von 1967, Entwicklung in den 70er und 80er Jahren Time lag, Rücklagenbildung, psychologische Faktoren
Monetarismus	Friedman, Rolle der Geldpolitik, Arbeitslosigkeit, Inflationsbekämpfung
Angebotsorientierte Steuerung	Jahresgutachten des Sachverständigenrats Stellungnahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute Vergleich mit Globalsteuerung Folgen der verminderten Sozialausgaben und Subventionen

Lernbereich 3: Die Wiedervereinigung Deutschlands als wichtigste strukturpolitische Aufgabe der Nachkriegszeit

Der Schüler vergleicht die Voraussetzungen und Ergebnisse von Markt- und Planwirtschaft und erkennt die Ursachen der vergangenen Entwicklung. Er sieht die Schwierigkeiten künftiger Entscheidungen auch im Bereich des Umweltschutzes.

Die Ergebnisse von Markt- und Planwirtschaft	Auswertung von Statistiken: Wohnraum, Einkommen, Kaufkraft, Arbeitszeit, Lebenserwartung, Umweltschutz, medizinische Versorgung, Kinderkrippe u. a. Abstimmung mit den Fächern G und GEO notwendig Industriestruktur in O u. W, Marshallplan, Flüchtlingsströme (Arbeitskräfte), Reparationszahlungen und Demontagen, Ausstattung mit Rohstoffen, Embargos
Vorbedingungen und Belastungen	
Die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR	Zollpräferenzen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des innerdeutschen Handels, "stille" Mitgliedschaft der DDR in der EG, Post- und Transitpauschale, Freikauf von Häftlingen (Transferzahlungen), Kredite und "Swing", Zwangsumtausch von Besuchern usw.

Ursachen des Rückstands der DDR und Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland

Planwirtschaft

Recht auf Arbeit, Motivation, soz. Wettbewerb und Subventionen; Planerfüllung: Lenkung und Wertbestimmung, "weiche Pläne", Volkseigentum an Produktionsmitteln

Autarkie und Arbeitsteilung im Rahmen des RGW
Ursachen und Wirkungen

Soziale Marktwirtschaft

Internationaler Wettbewerb und Import von Rohstoffen Eigentum an Produktionsmitteln

Vergleich der Sozial- und Industriestruktur 1988/89

Die Währungsunion als Vorstufe der Wiedervereinigung

Die Finanzierung der Einheit durch den Bund und die Länder

Wachstums- und Strukturpolitik:

Notwendigkeit eines angemessenen Wachstums,
Ursachen des Wachstums

Notwendigkeit neuer Strukturen in den neuen Bundesländern

Strukturpolitische Konzeptionen und Konkurrenzfähigkeit

Weltwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland

Konkurrenz bei Spitzentechnologie

Konzentrationstendenzen

Z Beiträge der Sektoren und Branchen zum BSP

Vergleich der Ursachen und Folgen in Ost und West

Aufzehren des Kapitalstocks, hohe versteckte Arbeitslosigkeit, (zurückgestaute) Inflation und Wartezeiten, Abfluß der Mittel (internationale Solidarität); niedrige Produktivität

Staatliche Monopole, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen, nicht konvertierbare Währung und ausländische Konkurrenz

Innovationen und internationale Wettbewerbsfähigkeit, frei konvertierbare Währung in der Marktwirtschaft

Auswertung von Statistiken und Karten

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Währungsreform West 1948

Materialien zur Staatsverschuldung BMF, Entwicklung im Bund und in den Ländern

Vergleich von alten und neuen Bundesländern

Quantitatives und qualitatives Wachstum (Umweltschutz Bericht des Club of Rome)

Ersatz von veralteten Anlagen
Umweltschutz und umweltfreundliche Technologien

Raumordnungsberichte der Ministerien; Subventionen und Wettbewerb, Strukturwandel

Entwicklung in Osteuropa und auf den Weltmärkten; soziale Sicherheit und Wettbewerb

Elektronik, Datenverarbeitung
Standort Deutschland

Gutachten der Monopolkommission

Thesen Fourastiés und Vergleich mit der aktuellen Entwicklung

Leistungskurs 12/II

Politische Systeme der Gegenwart

Lernbereich 1: Leitbilder der freiheitlichen Demokratie

Der Schüler erkennt, daß wesentliche Strukturelemente der freiheitlichen Demokratie sich in einem historischen Prozeß herausgebildet haben, und er kann diese Elemente zentralen Prinzipien unserer Verfassung zuordnen.

<p>Grund- und Menschenrechte Begründungen Entwicklung der Grundrechte</p>	<p>Stoa, Naturrechtslehre Bill of Rights (1689), Virginia Bill of Rights (1776), UN-Charta (1945) Europäische Menschenrechtskonvention (1950) → G Kl. 8, LB 3 Menschen und Bürgerrechte in der Französischen Revolution</p>
<p>Herrschaftskontrolle Gewaltenteilung Prinzipien des Rechtsstaates</p>	<p>Verfassungsstaat Montesquieu Entwicklung des liberalen Rechtsstaates im 19. Jahrhundert</p>
<p>Volkssouveränität und Bürgerbeteiligung Direkte Demokratie Plebiszitäre Demokratie Repräsentative Demokratie</p>	<p>Identitätstheorie Rousseau, Rätssystem Burke, Rede an die Wähler von Bristol, Arbeitsteilung</p>

Lernbereich 2: Der politische Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland

Der Schüler beschäftigt sich mit der Funktionsweise des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland; er lernt, unter welchen Voraussetzungen Herrschaft in der parlamentarischen Demokratie ausgeübt und kontrolliert wird; und er sieht, wie unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden. Er gelangt so zu einem vertieften Verständnis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

<p>Die freiheitliche demokratische Grundordnung, Definition Meinungsbildung</p> <p>Medien Verbände</p> <p>Parteien Aufbau und Funktionen</p>	<p>Prinzipienkatalog</p> <p>Projekt: Befragung über Kenntnisse und Einstellungen in der Bevölkerung Meinungsvielfalt Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen</p> <p>GG Artikel 21, Parteiengesetz, Parteienfinanzierung, innerparteiliche Demokratie, Mitgliederstruktur,</p>
--	--

Typologie und Entwicklung
Parteiprogramme

Wahlen
Wahlsysteme
Wahlvorbereitung und Wahlkampf
Wählerverhalten
Folgen der Wahl

Herrschaftsausübung

Der Bundestag
Die Aufgaben des Parlaments:
Regierungsbildung, Regierungskontrolle,
Gesetzgebung,
politische Kommunikation
Reformbestrebungen

Aufbau, Arbeitsweise und
Zusammensetzung des Bundestages
Organisation der politischen Arbeit

Gewicht der Fraktionen
Koalitionsfraktion(en),
Oppositionsfraktion(en)
und ihre Aufgaben

Rolle der Verwaltung

Regierungsbildung:
Bildung des Kabinetts
Entwurf und Tragfähigkeit
des Regierungsprogramms
Politische Führung:
Stellung des Bundeskanzlers
Handlungsspielraum des
Bundeskanzlers

Verhältnis von Bundesregierung
und Bundestag
bei Gesetzgebung und Tagespolitik

Der Föderalismus
Der Bundesrat
Zusammensetzung und Arbeitsweise

Rekrutierung des politischen Führungs-
nachwuchses

Vergleich

Empirische Sozialforschung
Koalitionsfähigkeit, innerparteiliche
Konsequenzen

Klassischer Funktionskatalog
Bagehot; Kontrollinstrumente,
Bedeutung der informellen Abläufe

Enquete-Kommission
"Verfassungsreform", moderne
Parlamentarismuskritik

Geschäftsordnung des Bundestags,
Arbeit in Ausschüssen, Fraktionsvorstand,
Gruppierungen, einzelne Abgeordnete
Fraktionsdisziplin: Abgeordnete als Parteifüh-
rer, das Spannungsverhältnis zwischen
Artikel 21 und 38 des Grundgesetzes

Referentenentwurf

Politische Willens- und Entscheidungsfindung
in der Bundesregierung

Wahrnehmung der Richtlinienkompetenz,
Einflüsse von Verbänden, Bürokratie,
Haushaltsentwicklung
Gesetzesinitiative, Planung,
Außenpolitik
Verhältnis zwischen Regierung
und Opposition
Eigenstaatlichkeit der Länder
Subsidiaritätsprinzip; vertikale
Gewaltenteilung

Rolle im politischen Prozeß	Parteiliches Kräfteverhältnis im Vergleich zum Bundestag, Vermittlungsausschuß
Das föderative System: Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern Kooperativer Föderalismus	Grundgesetz, Finanzverfassung Kooperation zwischen Bund und Ländern; Politikverflechtung, "dritte Ebene" Gewichtung der Länder, Finanzausgleich, Neuregelung
Die Wiedervereinigung Deutschlands	
Die Verfassungsgerichtsbarkeit	
Stellung des Bundesverfassungsgerichts: Verfassungsrechtliche Bedeutung Besetzung	Supreme Court der USA Berichte und Kommentare zu Richterwahlen
Wechselbeziehungen zwischen Justiz und Politik: Verlagerung politischer Streitfragen in die Rechtsprechung Bedeutung politisch relevanter Urteile	Klagen von Fraktionen und Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht Einigungsvertrag

Lernbereich 3: Das amerikanische Regierungssystem

Am Beispiel der USA lernt der Schüler ein präsidentielles Regierungssystem kennen. Er beobachtet beim Gesetzgebungsprozeß das Zusammenspiel von Präsident und Kongreß, von Parteien und Verbänden und beurteilt deren jeweiligen Beitrag zur Gestaltung der Politik. Er begreift, daß die Freiheitsräume des Staatsbürgers ein wesentliches Strukturelement der politischen und gesellschaftlichen Kultur bilden und eine Grundvoraussetzung für eine funktionsfähige Demokratie sind.

Grundprinzipien der Verfassung Gewaltenteilung	Verfassungsväter, Gewaltenteilungslehre Montesquieus, checks and balances Gewicht der Bundesstaaten
Föderalismus	
Der politische Prozeß Kongreß und Präsident: Eigengewicht des Kongresses	Stellung des Präsidenten zwischen Kongreß, Regierung und Beratern Regierungsbildung, Außenpolitik, Budget, Gesetzesinitiative Rolle des Senats in der Außenpolitik, Hearings
Die Machtstellung des Präsidenten	Wahlen, Kandidatenaufstellung, Primaries, Wahlplattformen,
Parteien: Aufbau, Funktionen, Zusammen-	

<p>setzung und Arbeitsweise</p> <p>Interessenverbände: Organisationsdichte Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung Massenmedien</p> <p>Politische Integration: Grundkonsens Soziale und politische Beteiligung der Bürger</p> <p>Freiräume</p> <p>Z Das politische System Frankreichs Die Macht der Exekutive Parteien und Parlament in der semipräsidentiellen Demokratie</p>	<p>Vergleich mit Parteien in der Bundes- republik Deutschland Typische Wählerschichten der Parteien</p> <p>Lobbying Act</p> <p>Einfluß auf die öffentliche Meinung</p> <p>Verfassung Wahlbeteiligung, Nachbarschaftshilfe, Integration von Rassen und ethnischen Gruppen Mobilität, private Initiative</p>
---	--

Lernbereich 4: Bewertung politischer Systeme

Moderne Staaten sind vor vergleichbare Aufgaben gestellt. Die behandelten Systeme sollen daraufhin beurteilt werden, wie sie diese Probleme lösen, sich legitimieren, die Bürgerrechte gewährleisten und ökologische Konzepte verfolgen.

<p>Leistungen politischer Systeme:</p> <p>Sicherung individueller Rechte</p> <p>Garantie demokratischer Rechte: Beteiligungschancen</p> <p>Kontrollmöglichkeiten</p> <p>Gesellschaftlicher Grundkonsens Identifikation der Bürger mit der politischen Ordnung</p> <p>Aufrechterhaltung der Funktionstüchtigkeit der politischen Institutionen</p>	<p>Bewertung von verschiedenen Staaten: F, GB, GUS, Iran, Schweiz, USA, VR China Rechtsstaatlichkeit, Rechtsprechung, Verfassungsgerichtsbarkeit</p> <p>Reichweite der Mitwirkungsmöglichkeiten</p> <p>Rolle der Massenmedien, parlamentarische Kontrolle</p> <p>Formen der Zustimmung und des Protestes</p> <p>Sicherung des ordnungsgemäßen Funktio- nierens (Amtsgedanke), Sicherung von politischem Minimalkonsens, Bekämpfung von Extremismus</p>
---	--

Entwicklungsfähigkeit
der politischen Systeme
Bewältigung von Gegen-
wartsproblemen und Zu-
kunftsaufgaben

Entwicklungstendenzen des
modernen Staates
Ausweitung der Verwaltungstätigkeit

Überlastung der ökonomischen und
ökologischen Grundlagen

Möglichkeiten und Grenzen moderner
Informationstechnik
Übernahmen von Steuerungsfunktionen

Sicherung sozialer Rechte

Energie- und Umweltbereich,
→ GEO GK 11/II

Vergleichsmaßstäbe, Möglichkeiten
Ausweitung des Bildungssektors
Genehmigungsverfahren bei Großprojekten

Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie

→ GK LK 11/II, LB 3
Bericht der Enquete-Kommission des
Deutschen Bundestages,
Klimaschutzsteuer
Energieverbrauch und BSP,
input output Vergleich

